

Fake News als Geschäft

Mit Impf-Zweifeln macht ein US-Arzt Millionen

BERLIN - Bescheidenheit gehört nicht zu den Tugenden von Joseph Mercola. Der US-amerikanische Arzt bezeichnet sich auf seiner Internetseite als „Game Changer of Health“. Er wolle die Menschen ermutigen, die Kontrolle über ihre eigene Gesundheit zu übernehmen. Dazu bietet er „vertrauenswürdige natürliche Gesundheitsaufklärung“ an. Doch neben Tipps zu Hauttieren, Ernährung und Fitness verbreitet er dort vor allem eines: Falschinformationen über Corona-Impfungen.

Wegen Fake News auffällig geworden ist Mercola dabei schon lange vor dem Ausbruch der Pandemie. Vor Jahren behauptete er, dass routinemäßige Impfungen bei Kindern Autismus auslösen könnten oder, dass seine Nahrungsergänzungsmittel Krebs oder Alzheimer verhindern oder gar heilen könnten. Immer wieder kam der heute 67-Jährige deshalb mit den Behörden in Konflikt.

Corona hat ihm und seinen Geschäften noch einmal Auftrieb gegeben. So sehr, dass die „New York Times“ ihn inzwischen für den einflussreichsten Impfgegner in den USA hält. Seit Pandemie-Beginn habe er 600 Artikel mit Falschinformationen über das Virus auf Facebook verbreitet. Damit gehört er dem Bericht zufolge zu einer Gruppe von zwölf Impfgegnern, die in den USA für 65 Prozent aller Fake News über Corona in den sozialen Netzwerken verantwortlich sind.

Kolina Koltai, Forscherin an der University of Washington, die Online-Verschönerungstheorien studiert, bezeichnet Mercola als „Pionier der Anti-Impfstoff-Bewegung“. Der „New York Times“



Superspreeder. Mercola streut Desinformationen. Foto: Mercola

sagte sie: „Er ist ein Meister darin, Zeiten der Unsicherheit wie die Pandemie zu nutzen, um seine Bewegung wachsen zu lassen.“

Irreführende Nachrichten, wie sie Mercola auch via Twitter, Instagram oder Youtube verbreitet, werden in den USA immer mehr zum Problem. Präsident Joe Biden hatte kürzlich Falschinformationen in sozialen Medien zum Coronavirus und den Impfungen für den Tod vieler Menschen verantwortlich gemacht. Auf die Frage eines Reporters, welche Botschaft er angesichts der Verbreitung von Falschinformationen für Plattformen wie Facebook habe, sagte Biden: „Sie bringen Menschen um.“ Die Pandemie in den USA sei zu einer „Pandemie unter Ungeimpften“ geworden. Der oberste Gesundheitsbeamte der US-Regierung, Vivek Murthy, erklärte Falschinformationen zum Gesundheitsrisiko. „Wir leben heute in einer Welt, in der Fehlinformationen eine unmittelbare und heimtückische Bedrohung für die Gesundheit unserer Nation darstellen“, sagte er Mitte Juli.

Die Verbreitung der Delta-Variante sorgt in den USA derzeit für 194 608 Neuinfektionen am Tag. Auch die Zahl der Menschen, die mit Covid-19 ins Krankenhaus eingewiesen werden, und die Zahl der pro Woche gemeldeten Toten steigen. „Wir sehen Ausbrüche von Fällen in Teilen des Landes, die eine niedrige Impfquote aufweisen“, sagte CDC-Chefin Rochelle Walensky. In Regionen, in denen viele Menschen geimpft seien, sei die Lage viel besser.

Bidens Corona-Berater Anthony Fauci hatte im Sender NBC gesagt: „Wenn man sich die Zahl der Todesfälle ansieht, sind etwa 99,2 Prozent von ihnen ungeimpft und 0,8 Prozent geimpft.“ Kein Impfstoff sei perfekt, aber die meisten schweren oder tödlichen Krankheitsverläufe seien vermeidbar.

Mercola bringt all das nicht von seinem Weg ab. Auf seiner Website spricht er sich gegen das Tragen von Masken aus, er warnt vor „Zwangsimpfungen“ oder behauptet die symptomatischen Erkrankungen unter geimpften Menschen in Großbritannien hätten in letzter Zeit stark zugenommen, während die Infektionen unter Ungeimpften weniger würden. In seinen vermeintlich wissenschaftlichen Texten bezeichnet er Corona-Impfungen als „medizinischen Betrug“. Statt einer Corona-Impfung empfiehlt der Arzt seine eigenen Produkte. Die „natürlichen Alternativen“ zu Impfungen allgemein haben ihm laut eigenen Aussagen schon 2017 mehr als 100 Millionen Dollar eingebracht, berichtete die „Washington Post“.

THOMAS SABIN/JULIA WEISS

Der Klimawandel stärkt den Extremismus in der Sahelzone. Doch bei der UN-Mission werden seine Folgen kaum berücksichtigt

VON MATTHIAS JAUCH

BERLIN - Wer den Erfolg der Friedensmission in Mali im Blick hat, den Blauhelmsinsatz mit 13 000 Soldaten, rund 900 aus Deutschland, wird zuletzt öfters aufgehört haben. Nicht nur bei Angriffen wie Ende Juni, also ein Selbstmordattentäter 180 Kilometer nordöstlich von Gao seine Autobombe vor einer Patrouille zündete und insgesamt 13 UN-Soldaten verletzte, darunter zwölf Deutsche. Offizielle werden auch die Analysen gesehen haben, die die Zukunft der Region in keinem guten Licht erscheinen lassen – und gerade die Rolle des Klimawandels hervorheben.

„Die klimabedingten Sicherheitsrisiken in diesen Regionen sind besonders offensichtlich und stellen die Sicherheit der EU vor Herausforderungen“, hieß es zuletzt in einer vom Europäischen Parlament in Auftrag gegebenen Analyse unter anderem über die Sahelzone und das Horn von Afrika. Vor allem Konfliktausbrüche und unkontrollierte Migration könnten die Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich des Flüchtlingsmanagements weiter belasten. Nun sei es notwendig, die Auswirkungen des Klimawandels auf der Mikroebene zu verstehen, also die sozialen, politischen, institutionellen und ökonomischen Faktoren.

Mali gilt als der gefährlichste Einsatzort der Bundeswehr

Wasserknappheit, Extremwetterereignisse wie Dürren oder Starkregen, ein härter werdender Wettkampf um Land – die Auswirkungen des Klimawandels sind längst spürbar. Gerade in der Sahelzone bilden sich Wüsten, die Bauern und Viehzüchter immer mehr konkurrieren lassen. Die Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen ist sogar ein charakteristisches Merkmal dieser Zusammenstöße geworden, hieß es im Juni im World Climate and Security Report. Wenn es Probleme um Land und Wasser gibt, werden Probleme eben allzu oft mit Gewalt gelöst. Und das Bevölkerungs-



Die Bundeswehr ist mit rund 900 Soldaten an der „Minusma“ genannten UN-Mission zur Friedenssicherung beteiligt. Sie gilt als gefährlichster Einsatz der Bundeswehr im Ausland. Foto: Michael Kappeler/dpa; Infografik: Tsp

wachstum wird die Knappheiten weiter zunehmen lassen. Es ist ein perfekter Nährboden für Extremisten, die innerhalb der armen Bevölkerung rekrutieren. Deutsche Politiker werden dabei vor allem an Mali denken, wo deutsche Soldaten seit Jahren stationiert sind. Vor wenigen Wochen beschossen Unbekannte etwa das Camp der EU-Ausbildungsmission EUTM.

Der mittlerweile größte Auslandseinsatz der Bundeswehr gilt auch als der schwierigste: Die UN-Mission „Minusma“ wurde vor acht Jahren geschaffen, um das instabile Land zu beruhigen. Experten sprechen ihr eine katastrophale Bilanz aus. Seit ihrem Start verzeichnete

die Mission als mehr als 250 Todesopfer. Noch Anfang 2013 konnte der Vormarsch islamistischer Terroristen auf die Hauptstadt Bamako nur durch einen französischen Kampfeinsatz gestoppt werden. Das 19-Millionen-Einwohner-Land ist gezeichnet von dschihadistisch motivierter Gewalt, längst greift sie auf Nachbarstaaten über. Binnen eines Jahres gab es zwei Militärputsche. Doch trotz aller Gewalt verweisen Analysten auch auf die Einflüsse des Klimawandels.

Forscher des renommierten Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) etwa haben vor kurzem untersucht, welchen Einfluss der Klimawandel auf UN-Friedensmission in Mali hat. Ihr

Ergebnis aus 50 Interviews mit Experten und lokalen Minusma-Mitarbeitern: Extremismus, Konflikte und Gewalt sind eine Folge des Klimawandels oder werden durch diesen verstärkt. Der Klimawandel und die schwache Regierungsführung untergraben die Sicherheit vor Ort. Doch die Friedensmission hat demnach nicht einmal die Kapazitäten, mit den Auswirkungen des Klimawandels umzugehen.

Auch das UN-Mandat ist schlicht nicht konkret genug formuliert. „Eine langfristige Stabilisierung des Landes wird ohne eine Integration von Klimawandelaspekten nicht möglich sein“, sagte Florian Krampe, Sipri-Forscher und Co-Autor

der Analyse, dem Tagesspiegel. Krampe sieht eine Doppelbelastung durch Konfliktodynamik und Klimawandeleinflüsse. Letztere kämen im UN-Einsatz zu kurz: „Es fehlt eine wichtige Komponente, deren Kräfte zusätzlich Druck auf die Mission ausüben.“ Doch derzeit lasse man wichtige Komponenten außer Acht und bekämpfe oft nur Symptome, nicht aber die komplexen Ursachen des Konflikts.

Krampe und seine Kollegen schlagen vor, in der Mission einen Sicherheitsberater für Umweltfragen zu ernennen und lokale Trainings für Klimasicherheitsanalysen und Reaktionen auf Klimaereignisse anzubieten.

Es werden nur Symptome bekämpft, sagen Experten

Offenkundig sind allerdings die drängenderen politischen Realitäten. UN-Generalsekretär António Guterres sprach vor kurzem von „immer komplexer werdenden Herausforderungen“, forderte eine deutliche Aufstockung der Blauhelmsmission, tausende Soldaten zusätzlich, um der zunehmenden terroristischen Bedrohung zu begegnen.

„Der Auftrag müsste eigentlich umfangreicher sein und die Klimasicherheit verstärkt im Blick haben“, sagt Krampe. Zu denken sei an die Einbindung lokaler Akteure, um Landnutzungskonflikte zu deeskalieren, die Etablierung von Frühwarnsystemen für Extremwetterereignisse oder selbst klassische Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wie den Aufbau von Wäldern.

Die Umsetzung derartiger Maßnahmen wären wohl nicht nur in Mali eine Entlastung. Die EU-Parlamentarier konnten in ihrer Analyse im Juni lesen, dass klimabedingte Katastrophen ebenfalls die Kapazitäten nehmen, militärische Kräfte auf gewalttätigen Extremismus zu lenken.

Für Sipri-Forscher Krampe sind die Ergebnisse der Studie sogar relevant für alle UN-Friedens- und Stabilisierungsmissionen. Immerhin sind 80 Prozent des UN-Personals in Friedensmissionen bereits in Klimahotspots eingesetzt.

Leere Lager

Die Hungersnot in Tigray spitzt sich zu: Vorräte der Hilfsorganisationen sind aufgebraucht

JOHANNESBURG - Die Nahrungsmittelvorräte des Welternährungsprogramms WFP in der äthiopischen Bürgerkriegsregion Tigray sind aufgebraucht, ohne dass bislang ein neuer Konvoi in der Hunger-Region eintraf. UN-Berichten vom Wochenende zufolge konnten zwar insgesamt 200 Lastwagen den Flughafen in Semera in der benachbarten Afar-Provinz verlassen. Ob sie die rund 300 Kilometer lange unwirtliche und umkämpfte Strecke tatsächlich passieren können, steht zur Stunde allerdings nicht fest. Um den tatsächlichen Bedarf an Hilfsgütern in Tigray zu decken, müssten täglich 100 Lastwagen in die Bürgerkriegsregion gelangen, teilte WFP-Sprecher Tomson Phiri mit. WFP-Chef David Beasley gab vergangene Woche bekannt, dass die Lagerbestände des UN-Hilfswerks am Freitag aufgebraucht wurden.

Mehr als 100 000 Kinder seien in den kommenden Monaten vom Hungertod bedroht, teilte das Kinderhilfswerk Unicef unterdessen mit. „Unsere schlimmsten Befürchtungen haben sich bestätigt“, sagte Unicef-Sprecherin Marixe Mercado nach ihrer Rückkehr aus der Region am Freitag in Genf. Eine aktuelle Untersuchung habe ergeben, dass eine von zwei schwangeren oder stillenden Müttern „akut unterernährt“ sei. Derzeit leben 400 000 Menschen in Tigray „unter den Bedingungen einer Hungersnot“, teilten die UN mit. Fast

fünf Millionen seien auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Äthiopiens Regierung besteht weiterhin darauf, dass sich in Tigray keine Hungersnot abzeichne. Bei ihrem Abzug Ende Juni hätten die Regierungstruppen 44 000 Tonnen Weizen und 2,5 Millionen Liter Pflanzenöl zurück gelassen, sagte die Sprecherin des Regierungschefs Abiy Ahmed. Wo sich diese befinden und wer sie verteilen soll, wurde nicht mitgeteilt. Premierminister Abiy, der 2019 den Friedensnobelpreis erhalten hatte, beharrt darauf, dass seine Regierung die Versorgung der Bevölkerung Tigrays mit Nahrungsmittelhilfe „in keiner Weise“ behindere.

Internationale Hilfswerke tun sich schwer, die Blockade Tigrays seitens der äthiopischen Regierung zu kritisieren. Sie fürchten, von Addis Abeba als parteiisch hingestellt zu werden: Ihre Mitarbeiter vor Ort würden so noch zusätzlich gefährdet. Die Tigray-Provinz ist von der Außenwelt fast vollständig abgeschottet. Mobilfunk- und Internetverbindungen sind unterbrochen, ausländische Journalisten werden nicht mehr in die Region gelassen.

Unterdessen weiten sich auch die Kämpfe in der Region weiter aus. „Tigrays Verteidigungstreitkräfte“ (TDF) drängen bereits in die beiden benachbarten Provinzen Amhara und Afar vor. Dort liefern sie sich Gefechte mit der äthiopischen Armee und den Provinz-Milizen. Beobachter vermuten, dass die TDF die Eisenbahnlinie zwischen Addis Abeba und dem Hafen in Dschibuti unterbrechen will. Auf ihr werden rund 95 Prozent der Ein- und Ausfahrten des 110 Millionen Einwohner zählenden Landes befördert.

Die Präsidenten der Afar- und Amhara-Provinzen riefen ihre Bevölkerung inzwischen zu den Waffen. Jeder über 18-jährige Mann solle sich dem „Kampf ums Überleben“ anschließen, sagte Amharas Präsident Agegnehu Teshager. Während sein Amtskollege in Afar, Mohammed Dersa, die Bevölkerung dazu aufrief, das Land „mit Gewehren, Stöcken oder auch Steinen“ zu verteidigen.

Auch die Regierung in Addis Abeba startete in der vergangenen Woche eine Rekrutierungskampagne. Er werde in den kommenden Wochen „100 000 trainierte Spezialkräfte“ in den umkämpften Norden des Landes zu schicken, kündigte Premierminister Abiy an. Bei einer TDF-Offensive im Juni kamen Tausende, womöglich sogar Zehntausende äthiopischer Soldaten ums Leben.

JOHANNES DIETRICH



Warnung der UN. Viele Kleinkinder sind vom Hungertod bedroht. Foto: dpa

ANZEIGE

Stadt. Wärme. Wende.

Mit unserer Stadtwärme stellen wir für immer mehr Immobilien fossillfreie Wärme bereit.

Begleiten Sie uns auf unserem Weg.
www.stadtwärme.berlin

VATTENFALL